

Forum 1

Zum Zusammenhang von Teilhabe, Übergangsgestaltung
und kommunaler Koordinierung

Input

Teilhabe und Partizipation

Prof. Dr. Thomas Olk

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften

E-Mail: thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de

Was ist soziale Teilhabe?

- Hintergrund der Entwicklung des Konzepts Teilhabe:
 - Begriffsverschiebung von „Armut“ (Verteilungsfragen, fehlende Ressourcen) zum Konzept der sozialen Ausgrenzung (mangelnde soziale Teilhabe, fehlende soziale Integration, fehlende Macht)
- Grundlage für die Bekämpfung von Ausgrenzungen (seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999); seit 2000 Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zentrales Moment der „Lissabon-Strategie“
- mehrere Dimensionen von Ausgrenzung:
 - durch Mangel an Ressourcen
 - durch Diskriminierung
 - durch Verweigerung von Zugangschancen
- Dem entsprechend meint Teilhabe: Die Chance bzw. der Handlungsspielraum, eine individuell gewünschte und gesellschaftlich übliche Lebensweise zu realisieren (Bartelheimer 2004).

Was ist soziale Teilhabe?

- *Vier Grundformen sozialer Teilhabe:*
 - gesellschaftliche Arbeit
→ Arbeit als System der Vergesellschaftung von Menschen (Einkommen, Konsumchancen, Konfrontation mit kompetenzfordernden Aufgaben, Einbindung in soziale Beziehungen etc.)
 - soziale Nahbeziehungen
→ informelle Beziehungen als System wechselseitiger Verpflichtungen (Reziprozitätsbeziehungen)
 - politisch-institutionell geregelte Rechtsansprüche
→ insbesondere politische und soziale Rechte (Marshall 1950) – politische Rechte: Wahlrecht, soziale Rechte: Ansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen
→ Staat als Garant von Rechten; allerdings: Entwicklung zum „aktivierenden Staat“ bedeutet eine Relativierung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger und eine Stärkung der Eigenverantwortung. Ziel: nicht materielle Gleichheit sondern Chancengleichheit!
 - Kultur
→ Erwerb kultureller Fähigkeiten (z. B. Sprachkompetenz bzw. Qualifikationen als Voraussetzung der Arbeitsmarktintegration) sowie die Orientierung an gesellschaftlich allgemein anerkannten Lebenszielen

Was ist soziale Teilhabe?

- Teilhabe und Ausgrenzung: Nicht einfach zwei entgegengesetzte festgefügte Soziallagen, sondern...
 - das Scheitern oder Gelingen von Teilhabe ist ein mehrdimensionaler Prozess (bezieht sich auf die genannten Formen gesellschaftlicher Zugehörigkeit)
 - nicht „Drinne“ vs. „Draußen“, sondern abgestufte soziale Lagen, die von gesicherten Positionen über unterschiedliche Gefährdungssituationen bis hin zur Ausgrenzung reichen
 - Teilhabe oder Ausgrenzung: weniger Zustände als viel mehr Verläufe (zeitliche Dynamik, Dauer, biografische Muster etc.)
 - Teilhabe und Ausgrenzung sind Resultate aktiven Handelns; das Verhalten gesellschaftlicher Akteure sowie die subjektiven Wahrnehmungen und Erfahrungen sind zentral

Was ist soziale Teilhabe?

- *Hemmnisse für Teilhabe bei spezifischen Gruppen in der Bevölkerung:*
 - (junge) Menschen mit Migrationshintergrund
 - für die Untergruppe der Flüchtlinge bzw. Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten: (Asyl-)Recht als primäre Barriere für Teilhabe
 - für die übrigen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund: Diskriminierung, nicht-passförmige Qualifikationen und kulturelle Kompetenzen, Sprachkompetenzen
 - (junge) Menschen mit Behinderungen
 - fehlende Barrierefreiheit in verschiedenen Lebensbereichen, Ausgrenzung aus den „normalen“ Institutionen und Zusammenfassung in Spezialinstitutionen (z. B. Förderschulen), Diskriminierung

Was ist soziale Teilhabe?

- geschlechtsspezifische Teilhabe
→ Mädchen bzw. junge Frauen: inzwischen erfolgreicher im schulischen Bildungssystem als die Jungen; allerdings Konzentration junger Frauen auf wenige (Frauen-)Berufe und Blockierung von Aufstiegschancen durch Diskriminierungen und geschlechtsspezifische Stereotype
- Jugendliche bzw. junge Erwachsene
→ Minderjährige: altersbezogene Verweigerungen von Zugangschancen/Teilhaberechten durch rechtliche Regelungen (Wahlrecht, Führerschein etc.)
→ junge Erwachsene: Diskrepanz zwischen Teilhabeverprechen der Gesellschaft und der Hinauszögerung ihrer Einlösung im Kontext der Entstandardisierung von Übergängen in den vollständigen Erwachsenenstatus (z. B. verzögerter Zugang zu eigenem Einkommen, Bindung sozialer Rechte an den Erwerbs- und Familienstatus)
- Junge Menschen mit Behinderung/ Migrationshintergrund: doppelte Ausgrenzungsrisiken

Partizipation: die andere Seite der Medaille

- Partizipation ist „die Beteiligung an der Verfügungsgewalt über das eigene Leben“ (Fatke 2007)
→ Einflussnahme auf Entscheidungen, die die Bürger/-innen betreffen
- Partizipation ist ein Menschenrecht;
hierfür muss sich grundsätzlich niemand qualifizieren;
deshalb gilt das Recht auf Partizipation auch für Kinder (UN-KRK Art. 12)
- Teilhabe und Partizipation: zwei Seiten einer Medaille
→ Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit, an sozialen Nahbeziehungen, Rechten und Kultur schließt immer die Chance mit ein, sich in diesen Bereichen aktiv zu beteiligen und auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen

Partizipation: die andere Seite der Medaille

- Individuelle Ebene:
Einräumung von Partizipationschancen = Anerkennung der Person und Wertschätzung ihres Beitrags zum gemeinsamen Ziel.
Subjektive Perspektive: Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie das Erleben von Anerkennung
 - Beteiligung: informelle/ non-formale Lerngelegenheit → führt zum Kompetenzerwerb (insbesondere Lebens- und Daseinskompetenzen)
- Gesellschaftliche Ebene:
 - Partizipation: mehr als Beteiligung an konventionellen Formen politischer Partizipation
 - „Alltagsdemokratie“: Partizipation findet grundsätzlich in allen Bereichen statt, in denen sich (junge) Menschen bewegen (Familie, Schule, örtliches Gemeinwesen, Betrieb etc.)
 - empirische Forschung: erhebliche Diskrepanz zwischen Partizipationsversprechen und ihrer Einlösung

Subjektive Partizipationserfahrungen junger Menschen

- Rückgang der politischen Beteiligung kein Jugendphänomen sondern ein Phänomen der Kohortenzugehörigkeit
- Beteiligung an sozialer Partizipation (Mitgliedschaft oder freiwilliges Engagement in Vereinen und Organisationen) nach wie vor in Deutschland relativ hoch
- Partizipation stark abhängig vom Bildungsstand (sowie z. T. von ethnischer Herkunft, weniger vom Geschlecht)
→ subjektive Partizipationsbereitschaft stark abhängig von den Erfahrungen mit Gesellschaft (Ausgrenzungserfahrungen = Rückzug aus Partizipation, Erfahrungen positiver Teilhabe = Ermutigung zur Partizipation)

Subjektive Partizipationserfahrungen junger Menschen

- Es geht weniger um ein „Mehr oder Weniger“ sondern um einen Wandel von Partizipation (Walther 2011)
 - breites Spektrum von Partizipationsformen: neben den genannten Formen auch subkulturelle Selbstinszenierungen, ästhetische Praktiken, bei negativen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Institutionen sowie fehlenden Wahlmöglichkeiten: Artikulationsformen wie kollektive Gewalt (z. B. in den Vorstädten in Frankreich) oder Rückzug

Schlussfolgerung 1:

Zum Verständnis von Beteiligungsformen junger Menschen ist es zentral, auch solche Formen der Beteiligung konzeptionell zu erfassen und sichtbar zu machen, die über konventionelle Formen politischer Beteiligung hinausreichen und oft in ihrem politischem Charakter nicht erkannt werden.

Schlussfolgerung 2:

Mit der Veränderung der Lebenslagen und Teilhabechancen junger Menschen (Individualisierung, Pluralisierung, Polarisierung etc.) verändern sich auch die Formen der Beteiligung im öffentlichen Raum

Partizipation als Voraussetzung für „gelingende Bildungsbiografien“

- Zunahme „öffentlicher Verantwortung“ für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen: wachsende Bedeutung von (Bildungs-)Institutionen für das Leben junger Menschen
- diese Zunahme öffentlicher Verantwortung führt nicht automatisch zu einer Reduzierung sozialer Ungleichheit, vielmehr: neue Formen institutionell erzeugter Ungleichheit (14 KJB)
- Gründe: schichtspezifisch unterschiedliche Strategien der Auswahl und Nutzung der Institutionen, Privilegierung bestimmter (bildungsbürgerlicher) Werthaltungen und Lebensstile innerhalb der Institutionen
- deshalb zentrale Frage: „in wie weit diese Institutionen den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen gerecht werden und in welchem Maße diese ihren eigenen Einfluss geltend machen können“ (14. KJB, S. 365)

Partizipation als Voraussetzung für „gelingende Bildungsbiografien“

- Die Wirksamkeit von Bildungsinstitutionen hängt von ihrer Nutzung ab; Bildungsgerechtigkeit kann daher nur gelingen, wenn junge Menschen aus unterschiedlichen Soziallagen einen gleichberechtigten Zugang zu diesen Bildungsinstitutionen haben
- Dies erfordert die Anerkennung von Vielfalt und eine Offenheit der Institutionen für unterschiedliche Ausgangslagen, Werthaltungen, Lebensstile und Kompetenzen (Ungleichheitssensibilität)
- Das Vertrauen junger Menschen und ihrer Eltern in die Institutionen hängt von Erfahrungen der Akzeptanz und Wertschätzung ab

Konsequenzen für kommunale Koordinierung

- Teilhabe und Ausgrenzung: Prozesse nicht ausschließlich auf gesamtstaatlicher Ebene , sondern Konkretisierung findet auf der lokalen Ebene statt
- Aufwertung der kommunalen Ebene durch lokale Bildungslandschaften bzw. kommunale Koordinierung: wachsende Verantwortung kommunaler Politik und Verwaltung für Teilhabe und Partizipation
- Kommunale Koordinierung zugleich Ausdruck neuer Formen des Regierens (Local Governance): Einbezug eines breiten Spektrums von Akteuren in die kooperative Problemlösung als Ausdruck der Einsicht, dass die Reichweite (auch) der kommunalen Politik begrenzt ist; bevorzugte Strategie: „mobilisierende Überredung“ und Verantwortungsgemeinschaft
- Kommunale Politik: „Leadership“ im Sinne von Verantwortung für das Zusammenspiel von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen

Konsequenzen für kommunale Koordinierung

- Leadership und Partizipation keine Gegensätze; effektive Leadership setzt Partizipation voraus; Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen (Steigerung von Effektivität und Legitimität);
Hierzu gehört:
 - Beteiligung von Repräsentanten bestimmter Gemeinschaften, Assoziationen und Organisationen (z. B. Behindertenverbände, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Vereine, Organisationen der Wirtschaft)
 - Aktivierung und Beteiligung ausgegrenzter Gruppen (z. B. raumbezogen durch Beteiligungsverfahren in benachteiligten Stadtquartieren bzw. gruppenbezogen durch Stärkung von Beteiligungschancen von speziellen Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, mit Migrationsstatus etc.)

Konsequenzen für kommunale Koordinierung

- Sensibilität für (mangelnde bzw. gefährdete) Teilhabe und eingeschränkte Partizipationschancen im Rahmen der kommunalen Koordinierung erhöhen
→ z. Bsp., in dem das Thema auf die Agenda gesetzt wird, Regeln vereinbart werden, die Wichtigkeit des Anliegens kommuniziert wird, Anreize geschaffen werden, ggf. institutionelle Innovationen und Projekte (gemeinsam entwickelt werden etc); Ziel: die Alltagsroutinen in den Organisationen der beteiligten Akteure verändern
- reflexive Strategien der Steuerung, Gestaltung und Wirkungskontrolle, die sich sowohl auf die Schnittstellen zwischen Organisationen als auch auf die Binnenlogik innerhalb der beteiligten Organisationen beziehen
- Instrumente der Konsultation unterschiedlicher Zielgruppen sowie Instrumente des Monitorings und der Bildungsberichterstattung